



## **Eine liberale Energie-Union für Europa**

Energie ist die Lebensader unserer Gesellschaft. Eine sichere und bezahlbare Energieversorgung ist das Fundament unseres Wohlstands. Dies betrifft alle Sektoren: Verkehr, Industrie, Handel, Dienstleistungen und private Haushalte. Unsere Energieversorgung in Europa ist heute bedroht durch im internationalen Vergleich hohe und steigende Energiepreise, durch die dringende, aber in den Mitgliedstaaten unterschiedlich schnell voranschreitende Umstellung auf umweltfreundlichere Energiequellen sowie durch fragile Beziehungen und Konflikte mit Lieferdrittstaaten.

Auf verschiedenen Regierungsebenen befassen sich zahlreiche Regelungen mit Energiepolitik und Klimaschutz, so dass Zielüberschneidungen und Regelungswidersprüche entstanden sind. Dazu gehören auf EU-Ebene das Emissionshandelssystem, die Öko-Design-Richtlinie und die Energieeffizienz-Richtlinie, auf nationaler deutscher Ebene Energie- und Stromsteuer, das Erneuerbare-Energien-Gesetz oder das Erneuerbare-Energien-Wärmegegesetz und beispielsweise in Nordrhein-Westfalen das Landesklimaschutzgesetz NRW. Darunter leiden die europäische und insbesondere die deutsche Wirtschaft, da diese Anforderungen auch zu einem internationalen Wettbewerbsnachteil führen. Es ist an der Zeit, die vielfältigen Klimaschutzinstrumente zusammenzuführen. Um den Binnenmarkt zu stärken, sollte dies so weit wie möglich auf europäischer Ebene geschehen.

Wir Freie Demokraten treten dafür ein, durch mehr Wettbewerb in Europa die Kosten für Verbraucher und Wirtschaft zu senken, durch mehr Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten den Zugang zu Energieressourcen zu sichern und durch die Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen dem Klimawandel zu begegnen. Gleichzeitig wollen wir die Energieabhängigkeit von Drittstaaten verringern. Dies erfordert den technisch und administrativ barrierefreien EU-weiten

Handel von Energieerzeugnissen und verstärkte Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten. Angesichts im Weltmaßstab vergleichsweise hoher europäischer Energiepreise und des eskalierenden Konflikts in der Ukraine – ein Land mit großer Bedeutung für die Durchleitung russischen Erdgases – wird es politisch immer dringender, einen qualitativen Sprung hin zu „mehr Europa“ zu wagen. Wir begrüßen daher ausdrücklich die von der EU-Kommission vorgelegten Pläne zur Schaffung einer Energie-Union. Im Einklang mit den in der ALDE zusammengeschlossenen europäischen Liberalen setzen wir Freien Demokraten uns für fünf liberale Leitlinien einer Energie-Union ein:

### 1. Mehr Wettbewerb im Energiebinnenmarkt

Marktkonzentration und staatliche Eingriffe in die Preisbildung setzen den Wettbewerb in und zwischen den Mitgliedstaaten außer Kraft. Dies gilt etwa für den Einspeisevorrang für erneuerbare Energien in Deutschland oder staatlich gedeckelte Strompreise in Frankreich. Es ist an der Zeit europaweit staatliche Beihilfen und Steuererleichterungen zurückzufahren. Müssen Energiepreise für betroffene Verbraucher und bestimmte Industrien für eine begrenzte Zeit subventioniert werden, so sollten hierfür europaweite Richtlinien gelten, die einheitliche Kriterien vorgeben. Eine solche Subvention sollte nicht über die Preise erfolgen, sondern aus dem Staatshaushalt gezahlt werden. Dabei darf das europäische Beihilferecht nicht zum Totengräber für Arbeitsplätze werden. Es muss verhindert werden, dass nationale Regelungen im Ergebnis zu Marktzugangshemmnissen werden. Eine solche Entwicklung würde dem einheitlichen europäischen Binnenmarkt zuwiderlaufen.

Mit Sorge sehen wir Freie Demokraten die wachsende Tendenz zu nationalen Alleingängen auch beim Thema Versorgungssicherheit. Wenn Nationalstaaten Erzeugungskapazitäten generieren und dies nicht mit ihren jeweiligen Nachbarstaaten koordinieren, kann dies zu Ineffizienzen führen, die Verbraucher und Unternehmen teuer bezahlen müssen. Die Mitgliedstaaten sollten stärker kooperieren und das Energienetz zunächst regional und auch europaweit ausbauen und verknüpfen. Nur so kann Versorgungssicherheit europaweit kostengünstig garantiert werden.

Sofern sich die LNG-Technologie im Wettbewerb behauptet, unterstützen wir den Ausbau von Häfen für die Importe von Flüssiggas (LNG-Terminals). Daher

setzen wir uns in diesem Fall für mehr LNG-Terminals in Europa ein. So verbreitern wir die Bezugsmöglichkeiten von Energie und das Flüssiggas kommt einfacher und schneller zum Verbraucher. Energie muss in der EU ebenso frei beweglich sein wie Güter, Dienstleistungen, Kapital und Menschen.

## 2. Mehr Energieeffizienz und weniger Emissionen

Zu nachhaltigem Wirtschaften gehört auch, die Energieeffizienz zu steigern. Energie einzusparen ist meist kostengünstiger als nachhaltige Energiequellen auszubauen. Gleichwohl muss vermehrt auf weniger CO<sub>2</sub>-intensive Energieträger gesetzt werden. Die FDP gibt marktwirtschaftlichen Instrumenten, wie z.B. dem Emissionshandelssystem den Vorrang.

Nur der informierte Bürger ist auch ein mündiger Bürger. Daher ist die Kennzeichnung der Energieintensität von Produkten für die Kaufentscheidung der Verbraucher unverzichtbar. Die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand, beispielsweise durch bindende Vorgaben für die Energieeffizienz öffentlicher Gebäude, sollte gestärkt werden. Zudem müssen weitere Anreize zur Effizienzsteigerung und Verbrauchsmessung im privaten Gebäudebestand geschaffen werden. Steuerliche Anreize bzw. regulative Auflagen sollten dabei möglichst technologieneutral sein. So kann ein wichtiger Beitrag zur Erreichung der europäischen Klimaschutzziele geleistet werden. Das nationale und regionale Aufsatteln auf diese Ziele ist entbehrlich und läuft hingegen dem europäischen Binnenmarkt zuwider. Um den Erfolg unserer Energie- und Klimapolitik messbar zu machen, brauchen wir sinnvolle, einheitliche Indikatoren auf europäischer Ebene.

## 3. Bessere Abstimmung in der Energieaußenpolitik

Die Europäische Union muss nach außen mit einer Stimme sprechen. Wir setzen uns daher weiterhin dafür ein, dass die Kommission die Energieaußenpolitik der Mitgliedstaaten stärker koordiniert als bisher. Verhandlungen zum Energieankauf dürfen jedoch keine Einzelmaßnahmen z.B. als Konfliktmanagement sein, sondern sollten dazu genutzt werden, die Abhängigkeiten der EU-Mitgliedstaaten gegenüber den großen energieexportierenden Staaten systematisch zu verringern. Bereits die verbesserte Abstimmung über die Ziele und Möglichkeiten einer gemeinsamen

Energieaußenpolitik kann dazu beitragen, die Energiesicherheit der Europäischen Union zu verbessern.

Käuferzusammenschlüsse zur Aushandlung langfristiger Verträge mit marktbeherrschenden Unternehmen aus den Produktionsländern und Verkaufsgemeinschaften können unsere Marktmacht verbessern und ein Gegengewicht schaffen. Derartige freiwillige „Einkaufsgemeinschaften“ werfen allerdings handels- und kartellrechtliche Fragen auf, die vorher zu klären sind.

Für Freie Demokraten ist die Einhaltung der Menschenrechte Kernelement der europäischen Außenpolitik. In vielen Staaten, aus denen wir Energie beziehen, werden Grundfreiheiten und -rechte missachtet. Eine verstärkte Partnerschaft mit Drittstaaten im Energiebereich müssen wir auch immer dafür nutzen, für die Einhaltung der Menschenrechte in der jeweiligen Region einzutreten.

#### 4. Bessere Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung für umweltfreundliche Energie

Klimawandel kann am besten dadurch bekämpft werden, dass der Preis für umweltfreundliche Energien durch Innovation stetig abgesenkt wird. Um unsere Spitzenrolle bei der Entwicklung umweltfreundlicher Energietechnik zu erhalten, muss die Europäische Union ihre Forschungs- und Technologiekapazitäten weiter bündeln. Das Forschungsprogramm „Horizont 2020“ und der „Strategic Energy Technologies Plan“ geben die Richtung vor, in die wir weiter arbeiten wollen. Wir unterstützen ausdrücklich, wenn europäische Gelder in Projekte für Forschung und Entwicklung in diesem Bereich investiert werden. Für eine optimale Verwendung von Forschungsgeldern ist insbesondere die Einbeziehung des Privatsektors von erheblicher Bedeutung. Darüber hinaus sollten weitere Anreize zu Innovation und Unternehmertum im Bereich des Energiesektors gefördert werden. Dies könnte zum Beispiel durch die öffentliche Vergabe von Preisen, Wettbewerben und Partnerschaften geschehen. Die Ziele der europäischen Energiepolitik und jüngste Forschungsergebnisse müssen noch breiter als bisher kommuniziert werden, um die europäischen Bürgerinnen und Bürger mit hochwertiger Information zu versorgen.

Wir unterstützen die Kernfusion als langfristige Energieoption und hier insbesondere den europäischen Beitrag zum thermonuklearen Experimental-

Reaktor ITER, verlangen aber auch ein professionelles und kostenbewusstes Management dieses global bedeutsamen Forschungsprojekts.

#### 5. Mehr Investitionen in die Energieunion

Wir Freie Demokraten wollen das Investitionsklima im Energiebereich verbessern. Der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) könnte hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Um privates Kapital zu mobilisieren und Vertrauen zu schaffen, bedarf es aber langfristiger Planungssicherheit und eines stabilen regulatorischen Umfelds. Nur wenn dies gegeben ist, sind Investoren bereit, kalkulierbare Risiken einzugehen. Für notwendige Investitionen in Erzeugungskapazitäten bedarf es keiner Subventionen, die unter dem Deckmantel der Versorgungssicherheit Verbraucher und Unternehmen weiter belasten. Der Staat muss sich neuer Markteingriffe enthalten. Immer neue nationale Maßnahmen, selbst wenn sie (vermeintlich) einem guten Zweck wie dem Klimaschutz dienen sollen, verunsichern Investoren.

Wir Freie Demokraten wollen eine Europäische Energieunion nach innen und nach außen, die diesen Namen verdient und die eine nachhaltige Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen europaweit sichert.